

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**28. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013/2018**

Sitzungstermin:	Dienstag, 06.12.2016
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	18:32 Uhr
Sitzungsort:	SeniorInnenEinrichtung Solmitzstraße, Solmitzstraße 47, 23569 Lübeck
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Andreas Sankewitz- SPD	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Ingo Schaffenberg- SPD	
Michelle Akyurt- Bü90/DIEGRÜNEN	
2. stv. Stadtpräsident Rolf Klinkel- grün+alternativ+links (GAL)	
Heidemarie Menorca- CDU	
Henning Stabe- CDU	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Bernd Mewes- BfL	
Nil Gersdorf- CDU	
Kathrin Hering- SPD	Vertretung für: Herrn Peter Petereit
Jean Paul Köpsell- SPD	
Volker Nehrhoff- CDU	Vertretung für: Herrn Thomas Thalau
Natalie Regier- BfL	
Joachim Schlitzke- FDP	
Katjana Zunft- FREIE WÄHLER&DIE LINKE	
Verwaltung	
Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Monika Borso-	
Dr. Michael Hamschmidt-	
Ulrich Kewitz- 2.500 - Soziale Sicherung	
Michael Mühleis- 2.021 FBD FB 2	
Sigrid Roggensack-	
Elke Sasse-	

Matthias Schröder- 2.502 - SIE	
Claudia Schwartz-	
Gäste	
Yonathan Arnold- Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.	nur ÖT
Dörte Eitel- Gemeindediakonie Lübeck	nur ÖT
Beate Herrmann- 2.502 - Personalrat SIE	nur ÖT
Sabine Klawitter- Personalrat SIE	nur ÖT
Helmut Müller-Lornsen- stellvertr. Beauftragter für Menschen mit Behinderung	nur ÖT
Catharina Strutz-Hauch-	nur ÖT
Joachim Tag- Jobcenter Lübeck	nur ÖT
Claudia Tiedemann- pro familia Lübeck	nur ÖT
André Weidmann- Gemeindediakonie Lübeck	nur ÖT
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Peter Petereit- SPD	fehlt entschuldigt
Thomas Thalau- CDU	fehlt entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Ulrike Siebdrat- SPD	fehlt entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören
2.	Feststellung der Beschlussfähigkeit
3.	Feststellung der Tagesordnung
4.	Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 01.11.2016
5.	Mitteilung des Vorsitzenden
6.	Berichte
6.1.	Vorstellung des Gewaltschutzkonzepts der Gemeindediakonie für Gemeinschaftsunterkünfte -mündlicher Bericht-
6.2.	Modellprojekt "BIKO - Beratung, Information und Kostenübernahme von Verhütungsmitteln" -mündlicher Bericht pro familia Lübeck-
6.3.	Jahresbericht 2015 der Beauftragten für Menschen mit Behinderung in der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2016/04324
6.4.	Kommunale, kooperative Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft für Lübeck Vorlage: VO/2016/04295
6.4.1.	Kommunale, kooperative Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft für Lübeck bezüglich des interfraktionellen Ergänzungsantrages "Bündnis 90/Die Grünen" und BfL - VO/2016/03809 Vorlage: VO/2016/04290
7.	Beschlussvorlagen
7.1.	Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2015 Vorlage: VO/2016/04344
8.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
9.	Mitteilungen aus dem Fachbereich 2
9.1.	Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte Sitzung Ausschuss für Soziales am 06.12.2016

	Vorlage: VO/2016/04430
9.2.	Aktuelle Situation Asyl
10.	Anfragen/Antworten
11.	Anträge von Ausschussmitgliedern
11.1.	Anpassung der Mietobergrenzen für Hartz IV- und Sozialhilfeempfänger*innen - Antrag AM Rolf Klinkel Vorlage: VO/2016/04407
12.	Verschiedenes
19.	Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1	Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören
-------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Der Vorsitzende eröffnet die 28. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode 2013/2018.

Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, VertreterInnen der Verwaltung, Herrn Müller-Lornsen (stellv. Beauftragter für Menschen mit Behinderung), einen Vertreter der Presse sowie die Öffentlichkeit.

Zum TOP 6.1 (Vorstellung Gewaltschutzkonzept) begrüßt der Vorsitzende Frau Eitel und Herrn Weidmann von der Gemeindediakonie, Herr Arnold von der Johanniter-Unfall-Hilfe sowie Frau Strutz-Hauch (KIK).

Zum TOP 6.2 (BIKO-Modellprojekt) heißt er Frau Tiedemann (pro familia Lübeck) willkommen.

Herr Jugert (Seniorenbeirat) lässt sich entschuldigen.

Frau Hering vertritt Herrn Petereit, Herr Thalau wird durch Herrn Nehrhoff vertreten.

Frau Siebdrat fehlt ebenfalls entschuldigt (keine Vertretung).

Aufgrund der Neuwahl der Ausschüsse in der November-Sitzung der Bürgerschaft verpflichtet der Vorsitzende Herrn Köpsell, Frau Gersdorf, Frau Regier, Herrn Mewes, Herrn Schlitzke, Frau Zunft, Frau Hering und Herrn Nehrhoff gemäß § 46 Abs. 6 GO durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt sie in ihr Amt ein.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 2	Feststellung der Beschlussfähigkeit
-------------	--------------------------------------------

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3	Feststellung der Tagesordnung
-------------	--------------------------------------

Unter TOP 15.1 ist die nichtöffentliche Beratung der Vorlage „Verkauf eines Grundstückes zur Sicherstellung der angemessenen Betreuung und Unterbringung von wohnungslosen Menschen in der Hansestadt Lübeck“ vorgesehen.

Der Zuordnung der TOPe 13 und 14 sowie 16 bis 18 zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird einstimmig zugestimmt.

Die Tagesordnung ist damit festgestellt.

**zu 4 Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom
01.11.2016**

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine Einwände vorgetragen.

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung ist damit festgestellt.

zu 5 Mitteilung des Vorsitzenden

Es gibt keine Mitteilungen.

zu 6 Berichte

**zu 6.1 Vorstellung des Gewaltschutzkonzepts der Gemeindediakonie für Gemein-
schaftsunterkünfte
-mündlicher Bericht-**

Frau Schwartz berichtet einleitend über Gespräche des Bereiches 2.500 mit der Gemeindediakonie sowie mit Frau Sasse und Frau Strutz-Hauch zum Thema.

Das Konzept der Gemeindediakonie betreffe nicht ausschließlich das Thema Gewalt an Frauen und Kindern/Jugendlichen, sondern das gesamte Spektrum der Gewalt (z.B. auch Gewalt unter Männern, aufgrund religiöser Unterschiede etc.).

Frau Eitel und Herr Weidmann stellen sodann mittels einer powerpoint-Präsentation die Eckpunkte ihres Gewaltschutzkonzepts vor, das aus drei Teilkonzepten besteht und an alle Menschen in den Gemeinschaftsunterkünften (auch an die ehrenamtlichen und hauptamtlichen MitarbeiterInnen) gerichtet ist.

Die entsprechenden Unterlagen sind der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Herr Klinkel bittet, den Personenkreis der Homosexuellen und Transgender ebenso in dem o.a. Konzept zu berücksichtigen wie Frauen und Kinder/Jugendliche.

Frau Eitel, Herr Weidmann, Frau Schwartz und Herr Dr. Hamschmidt beantworten anschließend Fragen von Herrn Schlitzke (Fallzahlen), Frau Zunft (Anzahl ehrenamtl. MA, Bezahlung, Einstellungsvoraussetzungen, Vorgehen bei Regelverstößen), Frau Menorca (erweitertes Führungszeugnis, Umgang mit psychisch Kranken), Herrn Schaffenberg (Stadtteilteams) und Frau Akyurt (Umgang mit Salafismus/Radikalisierung).

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklärt Herr Arnold, dass die neue Betreibergemeinschaft ihr Konzept Anfang nächsten Jahres vorstellen wird.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

**zu 6.2 Modellprojekt "BIKO - Beratung, Information und Kostenübernahme von Verhütungsmitteln"
-mündlicher Bericht pro familia Lübeck-**

Frau Tiedemann stellt das bis zum 31.03.2019 befristete Modellprojekt vor. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Es ermöglicht einen niedrighschwelligem Zugang zu verschreibungspflichtigen, sicheren und gut verträglichen Verhütungsmitteln für Frauen, die wenig Geld zur Verfügung haben (Empfängerinnen von Leistungen nach dem SGB II, SGB XII, § 6a BKGG, von BAföG, Berufsausbildungshilfen BAB, von Wohngeld oder von Zahlungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz/Frauen, deren Einkommen unterhalb der Armutsgrenze liegt).

Ab sofort können sich Frauen in der pro familia-Beratungsstelle in Lübeck informieren und einen Antrag auf Kostenübernahme stellen.

Es sprechen außerdem Frau Zunft, Herr Klinkel, Frau Borso, Frau Sasse und Frau Gersdorf.

Frau Tiedemann wird den Ausschuss auf Wunsch gerne über die weiteren Entwicklungen unterrichten.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

**zu 6.3 Jahresbericht 2015 der Beauftragten für Menschen mit Behinderung in der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2016/04324**

Frau Regier bittet um Auskunft zu Seite 2 des Berichts, vorletzter Absatz (Nutzung des Gr. Saals in der MuK). Herr Müller-Lornsen erklärt dazu, an dieser Thematik werde „gearbeitet“.

Anmerkung außerhalb des Protokolls

Herr Müller-Lornsen teilt am 07.12.2016 per e-mail ergänzend folgendes mit:

„Bei unserer gemeinsamen Begehung am 01.11.2016 wurde uns durch die Leiterin der MuK bestätigt, dass aufgrund brandschutzrechtlicher Bestimmungen nur eine bestimmte Anzahl an Rollstuhlfahrern an Veranstaltungen teilnehmen kann. Wir haben darauf gedrungen, uns Lösungen zu präsentieren, diesen unakzeptablen Zustand schnellst möglich zu verändern und uns darüber in Kenntnis zu setzen. Bisher haben wir keine Rückmeldung von Seiten der MuK bekommen. Hier sollte eine zusätzliche Begehung stattfinden.“

Frau Menorca nimmt Bezug auf die Ausführungen auf Seite 2 zur Nichtzulassung von Rollstuhlfahrern während des Kunsthandwerkermarktes im Rahmen des Weihnachtsmarktes im HGH einerseits und der Zulassung während des dortigen Herbstmarktes der Hobbykünstler andererseits (pre-opening oder „eigene“ Zeiten während der regulären Öffnungszeiten des Kunsthandwerkermarktes denkbar?).

Herr Müller-Lornsen wird diese Thematik im Behindertenrat erörtern.

Außerdem bittet Frau Menorca um Erörterung des letzten Satzes auf Seite 2 „Die (Beschaltungs-)Anlage muss außerdem jedenfalls so gestaltet sein, dass niemand im Nebenraum mithören kann.“ Die Sitzungen seien schließlich öffentlich.

Herr Senator Schindler sagt eine Klärung dieser Frage zu.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**zu 6.4 Kommunale, kooperative Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft für Lübeck
Vorlage: VO/2016/04295**

-gemeinsame Beratung mit TOP 6.4.1-

Die Angelegenheit wird kontrovers diskutiert.

Gemäß VO/2016/04290/Antwort zu Frage 8 (TOP 6.4.1) „würde eine kommunale Beschäftigungsgesellschaft zusätzlich zum Jobcenter und der Bundesanstalt am Markt agieren und kann daher nur zusätzliche oder andere Aufgaben übernehmen.“

Herr Stabe gibt zu bedenken, dass Langzeitarbeitslose auch im Focus des Jobcenters stehen.

Fraglich sei in diesem Zusammenhang der Begriff der „anderen Aufgaben“.

Frau Akyurt erklärt, in dem o.a. Bericht werde eindeutig die Aussage getroffen, dass eine kommunale Beschäftigungsgesellschaft für Langzeitarbeitslose nicht benötigt wird (siehe Antwort zu Frage 5); es seien keine Lücken im Angebot ersichtlich.

Frau Zunft stimmt dem zu. Die Langzeitarbeitslosen seien beim Jobcenter „in guten Händen“; es sollte eher in die Prävention investiert werden.

Herr Senator Schindler möchte diese Aussage nicht so stehen lassen. Er hält es auch aus volkswirtschaftlicher Sicht für sinnvoller, im Rahmen des Passiv-Aktiv-Transfers mit einem verhältnismäßig geringen zusätzlichen Aufwand seitens des Bundes dauerhaft öffentlich geförderte Arbeitsplätze einzurichten, als nur die Arbeitslosigkeit zu bezahlen. Die zusätzlichen Kosten des Bundes würden dabei 1/10 gegenüber einer kommunalen Finanzierung betragen. Er verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Bundesregierung doch noch den Beschluss der Arbeits- und Sozialministerkonferenz vom November 2015 umsetzt und die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen entsprechend ergänzt und so die Finanzierung des geforderten Prozessmodells dauerhaft sicherstellt.

Herr Schaffenberg erklärt, man müsse „Druck aufbauen beim Bund“, das Thema „sei noch nicht vom Tisch“.

Es sprechen außerdem Frau Regier, Herr Tag, Frau Menorca, Herr Klinkel und Herr Schlitzke.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**zu 6.4.1 Kommunale, kooperative Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft für Lübeck bezüglich des interfraktionellen Ergänzungsantrages "Bündnis 90/Die Grünen" und BfL - VO/2016/03809
Vorlage: VO/2016/04290**

-gemeinsame Beratung mit TOP 6.4-

zu 7 Beschlussvorlagen

**zu 7.1 Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnenEinrichtungen der
Hansestadt Lübeck für das Jahr 2015
Vorlage: VO/2016/04344**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Jahresabschluss der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Geschäftsjahr 2015 wird mit einer Bilanzsumme von € 5.064.129,56, einem Jahresfehlbetrag von € 1.318.222,56 und einem Bilanzverlust von € 1.299.050,56 festgestellt.
2. Der Bilanzverlust ist durch die Hansestadt Lübeck auszugleichen.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 8 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Es liegt nichts vor.

zu 9 Mitteilungen aus dem Fachbereich 2

**zu 9.1 Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte
Sitzung Ausschuss für Soziales am 06.12.2016
Vorlage: VO/2016/04430**

Die Liste liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.2 Aktuelle Situation Asyl

Frau Schwartz berichtet mittels der als Anlage 2 beigefügten powerpoint-Präsentation zur aktuellen Situation (Zahlen, Integrationsgesetz, Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen) und beantwortet Fragen von Herrn Sankewitz, Frau Zunft und Herrn Klinkel.

Herr Senator Schindler erklärt auf Nachfrage von Frau Zunft, die Hansestadt Lübeck sei sowohl mit dem Bestand an Unterkünften als auch im Hinblick auf Neuplanungen gut vorbereitet auf evtl. wieder steigende Flüchtlingszahlen.

Herr Kewitz gibt außerdem Auskünfte bezüglich der Betreuung der Betroffenen nach erfolgtem Umzug in eigenen Wohnraum.

Auf Nachfrage von Frau Menorca, wann die Gemeinschaftsunterkunft in der Ostseestraße bezugsfertig sei, erklärt Herr Kewitz folgendes:

Aus Kostengründen hat es eine Verlagerung der Herstellung der Eingangsbereiche vom Gartenbauer zum Stahlbauer gegeben. Es ist daher dort zu einer Neuplanung gekommen, die zu einer zeitlichen Verzögerung führt.

Die Bezugsfertigkeit des 1. Bauabschnitts ist daher erst *zum 01.03.2017* gegeben.

Nähere Auskünfte können nach dem morgen stattfindenden Gespräch mit der KWL gegeben werden.

Anmerkung außerhalb des Protokolls

Herr Kewitz teilt nach dem Gespräch mit der KWL am 07.12.2016 mit, dass der 1. Bauabschnitt zum 01.02.2017 bezugsfertig sein wird, so dass der Einzug Mitte Februar erfolgen kann.

Es sprechen außerdem Herr Schaffenberg, Herr Stabe und Frau Akyurt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 10 Anfragen/Antworten

Frau Akyurt bittet Frau Roggensack ergänzend zu der Beantwortung der Fragen zum Wirtschaftsplan 2017 der SIE aus der Ausschusssitzung am 01.11.2016 um (mündliche) Stellungnahme, wie die von dort für 2017 und 2018 genannten Zahlen der geplanten Neueinstellungen von Azubis ermittelt wurden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 11 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 11.1 Anpassung der Mietobergrenzen für Hartz IV- und Sozialhilfeempfänger*innen - Antrag AM Rolf Klinkel Vorlage: VO/2016/04407

Frau Schwartz erklärt dazu, die Mietobergrenzen würden z.Zt. entsprechend angepasst. In der nächsten Sitzung des Ausschusses werde dazu näher berichtet.

Antrag AM Rolf Klinkel:

Der Bereich Soziale Sicherung wird gebeten, über die Anpassung der Mietobergrenzen für Leistungsempfängerinnen und –empfänger nach dem SGB II (Hartz IV) und dem SGB XII (Sozialhilfe) an den neuen Mietspiegel zu berichten.

Der Ausschuss ist mit der Vertagung einverstanden.

zu 12 Verschiedenes

Frau Menorca fragt nach dem Stand der Wiederbesetzung der Stelle der Sekretärin für das Forum für MigrantInnen.

Herr Senator Schindler erklärt, auch die 2. interne Ausschreibung sei erfolglos verlaufen; es werde nun eine externe Ausschreibung vorbereitet.

Die Vorschläge für die Sitzungstermine für das Jahr 2017 wurden den Mitgliedern des Ausschusses im Vorwege per e-mail übersandt.

Der Ausschuss ist mit den vorgeschlagenen Terminen einverstanden.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am Dienstag, 07.02.2017, im VZM Mühlentor statt.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

zu 19 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung die Niederschrift der letzten Ausschusssitzung genehmigt sowie eine Vorlage beraten wurde.

Lübeck, den 12.12.2016

Andreas Sankewitz
Vorsitzender

Britta Bormann
Protokollführung